

OFZ

1/2012

Aus der Schulrealität Folgerungen ziehen!

In diesen Wochen, so hat es die schwarz-gelbe Koalition im Dezember 2011 vereinbart, soll die Schul-Realität analysiert werden.

Werner Kalinka auf einer CDU-Veranstaltung in Flensburg:
„Ein wichtiger Punkt der Schulrealität ist doch klar erkennbar. Wenn möglichst alle Schülerinnen und Schülern eines Jahrgangs zunächst gemeinsam unterrichtet werden sollen, ist dies nicht immer von einer Lehrkraft zu leisten. Entwicklung und Leistungsvermögen von Schülerinnen und Schülern gehen doch nicht selten weit auseinander. Deshalb werden hier mehr Lehrkräfte benötigt“.



Lob für die CDA von Angela Merkel: „Ich möchte der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft danken, dass sie das Thema (Mindestlohn) auf die Tagesordnung gesetzt hat.“

Die Kanzlerin kommt nach Kiel! Mittwoch, 18. April 2012, 18 Uhr, Kiel, Sparkassen-Arena (Ostseehalle).

Vom Lohn muss man leben können

„Wirtschaftliches Wachstum soll allen Menschen zugute kommen,“ so die CDA.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen mit ihrer Arbeitsleistung wesentlich zum wirtschaftlichen Wachstum bei. Die Teilhabe am Arbeitsleben ist von besonderer Bedeutung für das menschliche Leben. Arbeitsplätze müssen sowohl den gesetzlichen als auch den menschlichen Anforderungen entsprechen. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass vom Arbeitseinkommen aus einer Vollzeitbeschäftigung eine Familie ernährt werden kann. Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnssektor müssen daher weiter kritisch begleitet werden.



Engagiert.
Kompetent.
Sozial.

Werner
Kalinka
UNSER LANDTAGSABGEORDNETER

Landtagswahl

6. Mai



2012

Der direkte Draht zu

Werner Kalinka:

04348-8843

0172-7421851

mail@werner-kalinka.de

Veranstaltungshinweis

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Volker Kauder**, spricht und diskutiert am **Montag, 12. März 2012, 20.00 Uhr** in **Malente, Hotel Dieksee**.

Sie sind herzlich eingeladen!

Die soziale Balance wahren!

Die Arbeitswelt altersgerechter gestalten

Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit kann nur dann sinnvoll erfolgen, wenn Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, die auf die spezifischen Bedürfnisse älterer Menschen zugeschnitten sind.

Fähigkeiten und Belastbarkeit der Menschen ändern sich im Laufe der Zeit. Sie müssen sich daher darauf einstellen können, verschiedene Tätigkeiten in ihrem Leben auszuüben.

Das Schlagwort vom „Lebenslangen Lernen“ deckt diese Notwendigkeit nur teilweise ab.



Karl-H. Senckel,
CDA Landesvorstand

Das bedeutet, dass es eine Art berufliche Planung für die Menschen geben muss, die es ermöglicht, dass sie in jedem Alter einen ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten entsprechenden Arbeitsplatz finden. Die Wirtschaft muss sich darauf einstellen, dass solche Arbeitsplätze geschaffen und auch entsprechend besetzt werden.

Da die einzelnen Betriebe häufig so spezialisiert sind, dass sie nicht Arbeitsplätze für alle Mitarbeiter in geeigneter Form anbieten können, sind hier gegebenenfalls überbetriebliche Ansätze zu entwickeln.

Bruno-Timm-Preis für Rotraut Bolte



Werner Kalinka, Michael Meschede (Vorsitzender der CDU Henstedt-Ulzburg), Marlies Stöck (Vorsitzende des CDA Kreisverbandes Segeberg), Rotraut Bolte (diesjährige Preisträgerin) und Volker Dornquast (Staatssekretär).

Der Kreisverband Segeberg der Christlich-Demokratischen-Arbeitnehmerschaft verlieh den Bruno-Timm-Preis an Rotraut Bolte aus Henstedt-Ulzburg. Auf der Feierstunde in der Senioren-Residenz Fürstenhof hob Werner Kalinka die ehrenamtlichen

Leistungen der diesjährige Preisträgerin in der Kommunalpolitik und der Kirchengemeinde hervor.

Der Bruno-Timm-Preis, der im Gedenken an den langjährigen Kreisvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) im Kreis Segeberg, Bruno Timm, vergeben wird, ehrt Personen, deren soziales Engagement vor Ort unsere Welt ein bisschen menschlicher macht und vielen Menschen unspektakulär, aber im richtigen Moment und in selbstverständlicher Art und Weise Hilfe zukommen lässt.

Altersgerechtere Gestaltung der Arbeitswelt heißt:

- Volle Nutzung des Leistungspotentials der Menschen während ihres gesamten Arbeitslebens
- Bessere Erhaltung der Gesundheit der Menschen
- Erhöhung der Zufriedenheit durch Vermeidung von Über- und Unterforderung
- Reduzierung von vorzeitigem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben

„Wir verteilen von Arm zu Reich“

Wer viel verdient, kann seine Steuerschuld mindern. Er kann gute Berater bezahlen, stille Reserven bilden, Firmen verschachteln, Auslandsgesellschaften einrichten und so Gewinne und Verluste verschieben. Wer über viel Vermögen verfügt, kann die Steuer vermeiden. Aber nicht der, der mit seinem gesamten Jahreseinkommen sich und seine Familie ernähren muss.

(...) Die Schwachen werden belastet und die Starken begünstigt..

Paul Kirchhof in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung
am 22.08.2011

CDA Schleswig-Holstein legt Fokus auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Männern und Frauen, die sich in der Mitte ihres Lebens befinden, haben heute umfassendere Aufgaben denn je: Sie sind die schrumpfende Säule unserer Gesellschaft, die die Verantwortung für die finanzielle Versorgung der Familie, für die Erziehung und Ausbildung von Kindern sowie für die Versorgung und Pflege der älteren Generation trägt. Diese Männer und Frauen müssen dringend entlastet werden. Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bedeuten eine wesentliche Entlastung sowohl von Arbeitnehmern als auch Arbeitgebern und sind deshalb von essentieller gesellschaftlicher Bedeutung.



Dr. Andreas Ellendt,
Stv. CDA-Landesvorsitzender

CDU für allgemeine Lohnuntergrenze

„Nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums einer vergangenen Ära, auch nicht das „freie Spiel der Kräfte“ und dergleichen Phrasen, mit denen man hausieren geht, sondern die sozial verpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum wieder zur Geltung kommen lässt, die den Wert der Persönlichkeit obenan stellt und der Leistung dann aber auch den verdienten Erfolg zugute kommen lässt, das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung.“

Ludwig Erhard

Die CDU Deutschlands hat sich auf ihrem Parteitag in Leipzig für eine allgemeine, verbindliche Lohnuntergrenze ausgesprochen. In ihrem Beschluss bekennt sich die CDU außerdem zu dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Leiharbeit. Die CDU fordert zudem die Unternehmen auf, die Möglichkeiten für befristete Beschäftigungsverhältnisse verantwortlich zu nutzen.

- Die CDU hält es für notwendig, überall dort eine Lohnuntergrenze einzuführen, wo ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert.
- Die Lohnuntergrenze soll durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt werden. Die Findung einer Lohnuntergrenze ist nicht Sache der Politik.
- Die Lohnuntergrenze soll sich an den für allgemeinverbindlich erklärten Branchentarifverträgen orientieren.
- Die Kommission der Tarifpartner trägt auch die Verantwortung dafür, mögliche Differenzierungen bei der Lohnuntergrenze vorzunehmen.

Die CDU will eine durch Tarifpartner bestimmte Lohnuntergrenze und keinen politischen Mindestlohn. Die gerechte Entlohnung von Arbeit ist keine neue Forderung, sondern ureigene christdemokratische Politik.



Werner Kalinka:

„Die CDU Schleswig-Holstein hat 2007 beschlossen - auf Antrag der CDA -: Wer 40 Stunden, also ganztags, arbeitet, der muss davon seine Familie und sich ernähren können.“

„Wir haben Anfang des Jahres in der Bundes-CDA entschieden, dass wir den Mindestlohn in diesem Jahr zum Thema machen wollen, weil es an der Zeit ist, zu einem Ergebnis zu kommen. Der lange Kampf hat sich gelohnt.“

Das Beispiel Frisörhandwerk: Den Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklären!

Die CDA Schleswig-Holstein fordert, den Tarifvertrag im Frisörhandwerk in Schleswig-Holstein für allgemeinverbindlich zu erklären. Werner Kalinka erläuterte, dies liege im starken öffentlichen Interesse. Er hoffe auf eine klare Positionierung der Landesregierung. Die Übereinstimmung zwischen Innung und Gewerkschaften in der Beurteilung

der Lage sei beachtlich. Auch wenn in der Innung nur 600 von 2000 Betrieben organisiert seien, sei dieser Schritt notwendig. Es gelte, den Markt vor weiteren Dumping-Angeboten zu schützen und den familiär bzw. persönlich geführten Betrieben weiter eine Zukunft zu ermöglichen.

Es könne überhaupt nicht in Frage stehen, dass auch die Situation im Frisörhandwerk für die Einführung des Mindestlohnes spreche. Kalinka: "Vom Lohn muss der ganztags arbeitende Mensch seine Familie und sich ernähren können. Dies ist auch ein Gebot der

Würde des Arbeitnehmers und der von ihm geleisteten Arbeit. Der Mindestlohn, für den wir erfolgreich in der CDU gekämpft haben, ist richtig."

Märkte, die sich unsozial entwickelten, seien nicht das Leitmotiv der sozialen Marktwirtschaft. Dumping-Preise gingen zu Lasten der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber. Dies wurde in der Berichterstattung der "Kieler Nachrichten" am 11. Januar 2012 beeindruckend deutlich. Der Bericht spiegele die Situation so wieder, wie sie sich seit längerem entwickelt habe.



25. Februar 2012 CDA zur Landtagswahl

10.30 Uhr
Kiel, Legienhof

Gespräch
zum
Landtagswahlprogramm

Einführung:
Werner Kalinka

Engagiert. Kompetent. Sozial.



www.werner-kalinka.de

Dialog mit den Bürgern offen und intensiv führen

Eine prächtige Stimmung, ein guter Besuch - der Neujahrsempfang der CDU - Ortsverbände Rathjensdorf-Wittmoldt und Kossau-Lebrade-Rixdorf in "Lindemanns Gasthof" bot einen interessanten politischen Einstieg in das Jahr 2012. Ortsvorsitzender Lothar Prillwitz rief zu engagierter Arbeit auf und nannte Schwerpunkte der Arbeit der nächsten Monate. Besonders herzlich willkommen hieß er Werner Kalinka. Prillwitz: "Er hat unsere volle Unterstützung."

Kalinka umriss in seiner Rede ein umfassendes Themenspektrum, wie zum Beispiel die Wirtschafts- und Sozialpolitik ("Wachstum fördern" und "Die soziale Balance wahren"), die Lage auf dem Arbeitsmarkt ("Halbierung der Arbeitslosenzahlen seit 2005"), die Schulpolitik ("Schulfriede ist wichtiger als



Werner Kalinka, Lothar Prillwitz, Uwe Koch

Streit um das System"), die Energiewende, die schwarz-gelben Koalitionsbilanzen in Kiel und Berlin, die Entwicklung im Saarland seit dem Bruch der Koalition und die Diskussion um den Bundespräsidenten.

Er forderte dazu auf, den Dialog mit den Bürgern offen und intensiv zu führen. Die zunehmende Verdrossenheit über Parteien hänge auch damit zusammen, dass Bürger den Eindruck hätten, „oben“ werde ja doch das gemacht, was man dort wolle. Als gutes Beispiel für bürgernahe Arbeit nannte er die Kommunalpolitik, wo man

sich immer wieder dem Gespräch und den Anliegen der Bürger direkt stellen müsse. Die Frage der Neuordnung des Amtes und andere kommunale Themen (Stadtregionalbahn, Straßenausbau-beiträge) waren dann auch ein wesentlicher Teil der Diskussion.

Als besonders wichtigen Teil der landespolitischen Arbeit seit 2009 hob der Abgeordnete den neuen Landesentwicklungsplan (LEP) hervor. Er gebe mehr Gestaltungsfreiheit vor Ort und fördere die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Arbeitsplätze gerade im ländlichen Raum. Kalinka: „Mehr Freiheit vor Ort, weniger Vorgaben von oben“, dies ist unser Ziel.



Reges Interesse an den Veranstaltungen mit Werner Kalinka, wie im Januar 2012 im "Klausdorfer Hof" (Schwentinental)

Die Sicherheitsabgabe für Polizeieinsätze ist fällig!

Die Vorfälle beim Internationalen Fußball-Hallenturnier in Hamburg sind unerträglich. „Fans“ des VfB Lübeck, FC St. Pauli und wohl des HSV gerieten aneinander. Bilanz der gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Halle: Rund 50 Verletzte, einige davon schwer, rd. 70 Festnahmen, erhebliche Schäden. Familien flüchteten mit ihren Kindern aus der Halle, die Polizei musste massiv einschreiten. Schreckliche Bilder, gerade auch für Kinder und Jugendliche.

Es ist selbstverständlich, dass versucht wird, die Randalierer zur Begleichung der Kosten der Schäden heranzuziehen und mit Stadion- und Hallenverboten zu belegen. Eine andere Frage ist, wie realistisch die Durchsetzung ist (und mit welchem Aufwand und durch wen).

Es sind nicht die ersten heftigen Ausschreitungen, bei denen „Fans“ bestimmter Vereine höchst unangenehm in Erscheinung treten. Der VfB Lübeck machte bereits im Juni 2011 damit Schlagzeilen. Dies schadet dem gesamten Fußball. Es bedarf häufig Hundertschaften der Polizei, um das Schlimmste zu verhindern. In Hamburg waren allein beim Hallenturnier 3 Hundertschaften im Einsatz! Es ist das Geld der Steuern zahlenden Bürger, das für diese Form von Polizeieinsätzen verwendet werden muss. Es gäbe viel wichtigere Bereiche, Steuergelder zu verwenden. Zum Beispiel für Bildung.

Deshalb bleiben wir dabei, was wir bereits vor mehr als einem Jahr vorgeschlagen haben: eine Sicherheitsabgabe, die die Kosten von Polizeieinsätzen deckt, muss bei diesen Veranstaltungen erhoben werden. Zu Profisport und anderen Profi-Veranstaltungen gehört Sicherheit in die Kostenkalkulation.

**CDA-INFO
ARBEITNEHMER IN DER CDU**

HERAUSGEBER:

CDA-SCHLESWIG-HOLSTEIN
V.i.S.d.P. Dr. Andreas Ellendt
SOPHIENBLATT 44-46
24114 KIEL
0431/660 99 33

 **CDA** Schleswig-Holstein